

Paul Schäfer: Deutschland als zivile Gestaltungsmacht

Dass deutsche Soldaten zur Abwendung eines Völkermordes eingesetzt werden sollten, befürworteten 82% der Bürgerinnen und Bürger. So das Ergebnis einer Repräsentativumfrage von TNS infratest im April/Mai dieses Jahres. Über 60% stimmen auch zu, dass sich die Bundeswehr an friedenserhaltenden (!) Maßnahmen, die international beschlossen wurden, beteiligen könnte. Dass eine übergroße Mehrheit das Recht auf Verteidigung gegen äußere Aggressoren bejaht, versteht sich ohnehin. Wo also liegt das Problem, dass Bundespräsident Gauck und alle jene haben, die gegenwärtig gegen den „Pazifismus“ der Deutschen anschreiben? Was bezwecken sie eigentlich?

Richtig ist, dass nur 13% der Befragten mehr Militäreinsätze wünschen, also eine übergroße Mehrheit dies ablehnt. Darin drückt sich zum einen aus, dass die Deutschen, immer noch geprägt durch unsere Kriegsgeschichte im 20. Jahrhundert, die Anwendung militärischer Gewalt ablehnen, ja verabscheuen. An dieser pazifistischen Grundstimmung, die sich offenkundig in das Kollektivbewusstsein eingegraben hat, kann ich wahrlich nichts Schlechtes finden. Oder wollen wir zu denjenigen gehören, die nichts aus der unheilvollen Geschichte des letzten Jahrhunderts gelernt haben? Zum anderen dürfte das Unbehagen über die Bundeswehreinätze der letzten zwanzig Jahre und die Skepsis über das damit Erreichte eine große Rolle spielen. Dies als Vermittlungsproblem zu behandeln, ist naiv, wenn nicht verantwortungslos. Auch hier scheinen die Menschen im Lande doch weiter zu sein, als die Vertreter der politischen Klasse, die nahezu ungebrochen den militärischen Interventionismus weiterführen wollen. Die Forderung aus der Friedenswissenschaft, der Friedensbewegung, aber auch aus im Parlament vertretenen Parteien, dass man gefälligst eine schonungslose und kritische Bilanz der bisherigen Militäreinsätze vorlegen müsste, ist nicht eingelöst. Ja, man müsste.

Einiges wissen wir: Dass kriegerische Eingriffe von außen den Zerfall von Staaten und damit die Gewalteskalation noch befördern können, kann heute in Libyen, in Syrien und nicht zuletzt im Irak studiert werden. Warum verschließen diejenigen, die auf mehr Militäreinsätze drängen, davor die Augen?

Dass die Versuche, Nationen oder Staaten durch militärgestütztes Eingreifen externer Akteure aufbauen zu wollen („state-building“) ziemlich daneben geraten sind, gehört ebenfalls zu den Einsichten der letzten Jahrzehnte. Die Herausbildung von Demokratien ist in Europa und den USA ein jahrzehntelanger Prozess gewesen, in dessen Verlauf sich die gesellschaftlichen Kräfte des Fortschritts gegen die alten Beharrungskräfte durchgesetzt haben. Diese Entwicklung kann nicht durch die Entsendung von Soldaten oder Regierungsbeamten im Eilverfahren „implementiert“ werden. Es reicht auch nicht, wenn jetzt etwas weitsichtigerer Politiker/-innen formulieren, dann müsse man eben etwas kleinere Brötchen backen. Der gesamte dahinter stehende paternalistische Denkansatz ist falsch. Befreiung muss von innen kommen, und dann reden wir darüber, wie man die Akteure der Befreiung solidarisch und nachhaltig, auch die eigenen Verstrickungen reflektierend, unterstützen kann.

Last not least: Der sogenannte Krieg gegen den Terror hat sich eher als Terrorförderungsprogramm erwiesen. Wenn die Mittel, die namentlich die USA in die militärische Bekämpfung des Terrorismus gesteckt haben, in zivile Aufbauprogramme, ob in Pakistan, Afghanistan oder im Nördlichen Afrika, geflossen wären, hätte man etwas erreichen können.

Die Gipfelkonferenz der Vereinten Nationen hat im Jahre 2005 vier Gründe genannt, die die Anwendung von Gewaltmitteln rechtfertigen: Völkermord, ethnische „Säuberungen“, Menschheitsverbrechen, Kriegsverbrechen. Ja, darum geht es: Der Einsatz militärischer Gewalt muss auf diese Grenzfälle beschränkt bleiben. Er muss völkerrechtlich legitimiert, also vom UN-Sicherheitsrat beschlossen sein. Und natürlich gilt, dass er nicht nur verhältnismäßig sein muss,

sondern eine realistisch abgewogene Chance besteht, dass damit auch die vorgegebenen Ziele erreicht werden können.

Die UN-Versammlung hat dem vorangestellt, dass zunächst alles getan werden muss, um überhaupt eine Gewalteskalation zu vermeiden. Die (zivile) Konfliktprävention ist die höchste Ratio, der alle verpflichtet sein sollten. Davon reden inzwischen alle. Doch wie weit sind wir von der Verwirklichung entfernt?! Auch aus diesem Grunde ist das Gerede des Bundespräsidenten fahrlässig und unverantwortlich. Gerade hier könnte doch der Platz Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft sein: Als zivile Gestaltungskraft sich dafür einzusetzen, den Prinzipien der Krisenvorbeugung und der zivilen Konfliktbearbeitung zum Durchbruch zu verhelfen. Das würde bedeuten, die dafür geeigneten Instrumente - ziviler Friedensdienst, Diplomatie, internationale Gerichtsbarkeit und Streitschlichtung – auszubauen und zum politischen Programm von Friedenspolitik zu erklären.

Statt über gefährdete Eigeninteressen zu lamentieren, könnte sich die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Union dafür einsetzen, dass die Ursachen der ganz überwiegend innergesellschaftlichen Gewaltkonflikte endlich adäquat angegangen werden – ob es sich dabei um den Streit um die Aneignung knapper werdender Ressourcen (Wasser, Land, Rohstoffe) handelt oder um verweigerte Rechte an gesellschaftlicher Teilhabe und politische Unterdrückung. Warum redet Gauck darüber nicht? Wenn all dies auf den Weg gebracht wird, dann kann sehr wohl darüber debattiert werden, ob wir wollen, dass sich die Bundeswehr bei friedenserhaltenden Blauhelmeinsätze der Vereinten Nationen beteiligen sollte oder nicht.

Wenn der neue Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller, bei seinem jüngsten Besuch in Nigeria davon sprach, dass man jetzt etwas für nachhaltige Entwicklung und zivile Konfliktlösung tun müsse, damit man nicht in drei oder fünf Jahren Militäreinsätze beschließen müsse, so darf er dafür auch mal gelobt werden. Nur: Worte und Taten müssen übereinstimmen.

Dass sich das politische Gewicht Deutschlands in der Staatenwelt von heute erhöht hat, ist unverkennbar. Wenn sich heute in Europa im Verhältnis zu Russland neue Spaltungen und Spannungen auftun, so muss die Bundesregierung ihr Gewicht in die Waagschale werfen, damit endlich die Vision der Charta von Paris (1990) umgesetzt wird: Unteilbare Sicherheit in Gesamteuropa, Reduzierung der Waffenarsenale, wechselseitiges Vertrauen, auch durch wirtschaftliche Partnerschaften. Das wäre verantwortliche Friedenspolitik. Stattdessen wird über mehr Militärpräsenz, neue Aufrüstung und Wirtschaftssanktionen geredet. Das diplomatische Bemühen des Bundesaußenministers ist durchaus anzuerkennen, aber es reicht nicht.

Die präventive und zivile Konfliktbewältigung muss zum Markenzeichen deutscher bzw. europäischer Politik gemacht werden. Das ist allemal besser als über mehr Verantwortung und mehr Militär zu schwadronieren.